

**„Jetzt ist die Zeit.“**

(Markus 1,15, Kirchentagsübersetzung)

Bericht zur Lage in Kirche und Gesellschaft  
für die 3. Tagung der Dreizehnten Kirchensynode  
der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

(gemäß Art. 47 Abs. 1 Nr. 16 KO)

Frankfurt/Main, April 2023

von

**Kirchenpräsident Dr. Dr. h. c. Volker Jung**

Bericht zur Lage in Kirche und Gesellschaft für die 3. Tagung der Dreizehnten Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

## **„Jetzt ist die Zeit.“**

(Markus 1,15, Kirchentagsübersetzung)

### **Einführung**

#### **1. Zeit der Kirche – Kirche im Umbruch**

- ekhn2030
- Kommunikation
- Taufkampagne
- Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt
- Kooperation in der EKD
- Ökumenische Gemeinschaft

#### **2. Zeitenwende? – Kirche und Politik**

- Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine
- Überblick über das Engagement von Kirche und Diakonie bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten
- Flüchtlingspolitik
- Exkurs: Kurze Informationen zu Staatsleistungen und Gesetzesvorhaben

#### **3. Zeit der Umkehr – Kirche und Klimawandel**

- Anliegen und Aktivitäten der Letzten Generation
- Kirchlicher Auftrag und Klimawandel
- Praktische Aufgaben

### **Schlussbemerkung**

Kirchenpräsident Dr. Dr. h. c. Volker Jung  
Frankfurt/Main, April 2023

Sehr geehrte Frau Präses, hohe Synode!

Wie verstehen wir die Zeit, in der wir leben? Noch immer sind Auswirkungen der Corona-Pandemie zu spüren, die eine Zeit mit besonderen Herausforderungen war. Im vergangenen Jahr hat Bundeskanzler Olaf Scholz nach dem Beginn des Angriffs Russlands auf die Ukraine eine „Zeitenwende“ ausgerufen. Junge Menschen, die sich gegen eine drohende Überhitzung dieses Planeten engagieren, nennen sich die „Letzte Generation“. Sie haben diesen Namen für ihre Bewegung gewählt, weil sie sich selbst als Angehörige einer letzten Generation verstehen, die noch etwas ändern kann. Der Name ruft zugleich endzeitliche, apokalyptische Gedanken auf. In wenigen Wochen findet der 38. Deutsche Evangelische Kirchentag in Nürnberg statt. Der Kirchentag hat die Losung „Jetzt ist die Zeit“. Ich greife dieses Bibelwort für meinen diesjährigen Bericht zur Lage von Kirche und Gesellschaft auf. Dabei möchte ich versuchen, theologisch-geistliche Perspektiven auf das Zeitgeschehen zu gewinnen.

„Jetzt ist die Zeit“. Das stammt aus dem ersten Satz, den Jesus im Markus-Evangelium wörtlich sagt. So beginnt sein öffentliches Wirken. In der Kirchentagsübersetzung klingt das so: *„Nachdem Johannes gefangen genommen war, ging Jesus nach Galiläa und verkündete die frohe Botschaft Gottes. Er sprach: 'Jetzt ist die Zeit: Gottes gerechte Welt ist nahe. Kehrt um und vertraut der frohen Botschaft.'“* (Mk 1,14-15). Die Luther-Übersetzung ist vielen geläufiger: *„Die Zeit ist erfüllt, und das Reich Gottes ist nahe herbeigekommen. Tut Buße und glaubt an das Evangelium!“*

Die Übersetzung „Jetzt ist die Zeit“ stellt deutlicher heraus, dass es darum geht, jetzt, im Hier und Heute, den Weg zu ändern und sich an der frohen Botschaft Gottes zu orientieren. Dass die Zeit erfüllt ist, markiert die Zeit als eine „letzte“ Zeit. Entscheidend ist jeweils, die Gegenwart als die Zeit zu verstehen, in der Menschen herausgefordert sind und die zugleich erfüllt ist von der Nähe Gottes. Dass Jesus dies verkündigt, war für die Menschen damals ein besonderer Gottesmoment, ein Kairos. Aber was Jesus verkündigt und was sich in seinem Leben, in seinem Tod und in seiner Auferstehung zeigt, weist über die konkrete Zeit seines irdischen Lebens hinaus. Das gilt auch für seine besondere Zeitansage. Die Gegenwart, jeder Tag, ist als Zeit, in die Gott Menschen stellt. Alle Zeit ist Gottes Zeit. So ist die Zeit Geschenk und Herausforderung zugleich. Sie will empfangen und gestaltet werden. Empfangen als Zeit von Gott und gestaltet als Zeit auf Gott hin. Wer die Zeit so lebt, bleibt nicht in der Vergangenheit hängen, sondern lebt die Gegenwart auf

die kommende Zeit hin. Dabei kann der Blick auf die Vergangenheit keine selbstzufriedene Rückschau sein. Es geht darum, zu erkennen, was falsch war, und sich neu auszurichten. Es geht um Umkehr. Sehr verdichtet ist das in dem Gebet gegenwärtig, das Jesus die Seinen zu beten gelehrt hat. Da ist die Bitte „Dein Reich komme“. Sie richtet den Blick nach vorne, auf das Reich Gottes, dessen Nähe Jesus verkündigt. Und da ist die Bitte „Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.“ Sie bittet Gott darum, uns nicht auf unsere Vergangenheit festzulegen. Das ist nötig, um „jetzt“ die Gegenwart leben und mit Vertrauen in die Zukunft gehen zu können. Die Ausrichtung auf die Zukunft geschieht nicht ins Blaue hinein, sie ist nicht inhaltslos. Sie hofft auf Gottes Reich und orientiert sich so – an Gottes kommender, an Gottes gerechter Welt. Christinnen und Christen vertrauen auf Gottes Reich mitten in dieser Welt. Sie stellen sich in das Kraftfeld dieses Reiches. Dabei wissen sie, dass sie dieses Reich nicht selbst verwirklichen können. Es bleibt *Gottes* Reich. Vollendet wird es nicht in dieser Welt und in dieser Zeit. Aber es ragt hinein in diese Zeit, durchdringt sie und schenkt Zukunft. Das christliche Verständnis der Zeit ist immer ein Verständnis, das sich nicht in der Zeitlichkeit erschöpft, weil es verbunden ist mit Gottes Ewigkeit. Gerade darin aber werden der besondere Wert und die besondere Herausforderung erkannt: „Jetzt ist die Zeit.“

Was heißt das für die besonderen Herausforderungen unserer Zeit? Darüber möchte ich in drei Abschnitten reden:

1. Zeit der Kirche – Kirche im Umbruch
2. Zeitenwende? – Kirche und Politik
3. Zeit der Umkehr – Kirche und Klimawandel

## **1. Zeit der Kirche – Kirche im Umbruch**

Wir leben als Kirche in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen – auch für uns als Kirche und in unserer Kirche. Im vergangenen Jahr hatten wir die höchsten Austrittszahlen in unserer Geschichte. 30.000 Menschen haben ihre Mitgliedschaft in der EKHN durch Kirchenaustritt beendet. Eintritte und Taufen sind gegenüber den Vorjahren leicht gestiegen. Trotzdem lag der Mitgliederrückgang bei fast 3 %. Ein Ende dieser Entwicklung ist leider nicht erkennbar.

Die Gründe sind vielfältig. Das Thema sexualisierte Gewalt in den Kirchen und ökonomische Belastungen haben sicher in den letzten Jahren eine besondere Rolle gespielt. Das setzt aber auf eine Entwicklung auf, in der die Bindekraft der Kirchen und auch von anderen Institutionen deutlich zurückgegangen ist. Aus Studien wissen wir, dass religiöse Sozialisation im familiären Kontext seit Jahrzehnten abnimmt und die Mitgliedschaft in einer Kirche immer weniger selbstverständlich ist. Allerdings werden das kirchliche und insbesondere das diakonische Engagement vor Ort durchaus geschätzt. Es gibt sogar nach wie vor hohe Erwartungen an Kirchen und Diakonie. Die EKHN hat seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts auf die gesellschaftlichen Veränderungen reagiert. Die kirchlichen Angebote in den Gemeinden und Einrichtungen wurden vielfältiger. Das war auch gut und wichtig und hat angesichts der starken Säkularisierungstrends zu einer gewissen Stabilität beigetragen. Obwohl sie an Relevanz verloren haben, sind Kirchen nach wie vor wichtige Gesprächspartnerinnen der Politik und auch in der Zivilgesellschaft. Allerdings werden die Kirchen in der Öffentlichkeit oft anders wahrgenommen. Wahrgenommen werden die Fälle sexualisierter Gewalt und eine schleppende Aufarbeitung. Wahrgenommen werden die sinkenden Mitgliederzahlen und die damit verbundene Reduktion von Stellen und kirchlichen Angeboten. Viele Menschen, die in unserer Kirche ehrenamtlich und hauptamtlich arbeiten, leiden darunter sehr. Die guten Geschichten spielen medial zwar durchaus in der lokalen, bisweilen auch in der überregionalen Berichterstattung eine Rolle: die gute Arbeit in Kindertagesstätten und Schulen, die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien, die Arbeit in den diakonischen Einrichtungen, in der Flüchtlingsaufnahme, in der Seelsorge bei Taufen, Trauungen, Beerdigungen, in besonderen Notfällen, in der Beratungsarbeit, in der vielfältigen Chorarbeit, in Konzerten und Kulturveranstaltungen und noch in manchem mehr. All das prägt aber nicht, wie Kirche als Ganzes wahrgenommen wird. Eine Medienberatung würde sicher sagen: Kirche hat ein Imageproblem.

Bevor ich versuche, diese Situation theologisch-geistlich einzuordnen, möchte ich hier mit einigen Schlaglichtern beschreiben, was wir angesichts dieser Entwicklungen tun.

1. Mit unserem Prozess **ekhn2030** stellen wir uns darauf ein, dass sich die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit durch den Rückgang der Mitgliederzahlen verändern werden. Wir versuchen dabei, nicht nur zu reduzieren und zu optimieren, sondern auch Strukturen zu

verändern. Die Bildung von Nachbarschaftsräumen und die Zusammenarbeit in multi-professionellen Teams sind solche Veränderungen. Es ist in der Tat eine der größten Veränderungen, wenn nicht gar die größte Veränderung in der Geschichte der EKHN. Mit dieser Veränderung sind wir in der Fläche präsent. Weil die Zahl der Kirchenmitglieder sinkt, bleibt – auch bei der Reduktion der Pfarrstellen – die durchschnittliche Zahl der Gemeindeglieder pro Pfarrstelle in etwa konstant. Nachbarschaftsräume sollen Kooperation stärken und zugleich in Verwaltung und Leitung entlasten. Damit geht eine Verringerung des Gebäudebestandes einher, um nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Dem korrespondiert eine Veränderung gesamtkirchlicher Strukturen. Einiges davon muss in dieser Synode beraten und entschieden werden. Wir verfolgen das Ziel, jetzt und in der nächsten Generation Entwicklungsmöglichkeiten zu erhalten, um mitglieder- und gemeinwesenorientiert arbeiten zu können. Wir orientieren uns dabei an unserem Kernauftrag, das Evangelium in Wort und Tat zu leben. Die Veränderungen auf den Weg zu bringen, verlangt allerdings viel Einsatz. Ich bin sehr dankbar, wie vielerorts die Impulse aufgegriffen werden, und danke ausdrücklich für die große Bereitschaft und das große Engagement. Viele sehen darin Chancen, die Kräfte zu konzentrieren und uns als Kirche und unsere Arbeit weiterzuentwickeln. Ja, so ist es gedacht.

2. Wir setzen nach wie vor auf gute **Kommunikationsarbeit**. Die EKHN hat in den letzten Jahrzehnten ein gutes Netz regionaler Öffentlichkeitsarbeit aufgebaut. Dies dient dazu, Gemeinden auf lokaler Ebene zu unterstützen. Außerdem trägt es zur internen und externen Kommunikation in unserer Kirche bei. Mit der Impulspost haben wir ein Kommunikationsinstrument, das prinzipiell an alle Mitglieder unserer Kirche adressiert ist. Viele Gemeinden nutzen dies und greifen die inhaltlichen Impulse auf. Wir können als Kirche inzwischen auch „Kampagne“. Die nächste Impulspost wird im September erscheinen. Sie wird eine Impulspost zu dem Thema sein, wie der Glaube in Krisen Kraft geben kann: „Du gibst mir Halt – Ermutigung in stürmischen Zeiten“. Über die bisherige Kommunikation hinaus arbeiten wir mit dem Philippus-Projekt daran, eine direkte, digitale Mitgliederkommunikation aufzubauen. Die braucht es ebenso dringend wie eine größere kommunikative Präsenz im digitalen Raum.

3. Viele Gemeinden der EKHN haben die **Initiative** der EKD aufgegriffen und laden in diesem Jahr besonders zur **Taufe** ein. Schon seit einigen Jahren werden in etlichen

Gemeinden besondere Tauffeste gefeiert. Das nimmt den Wunsch nach Taufgelegenheiten auf, die nicht mit dem Sonntagsgottesdienst verbunden sind und auch oft eine gemeinsame Feier ermöglichen. In der Corona-Zeit haben weniger Taufen stattgefunden. Die Taufinitiative regt an, neu zur Taufe einzuladen. Im Vordergrund steht dabei die geistliche Bedeutung der Taufe als entscheidender Schritt auf dem Weg des Glaubens.

4. Wir arbeiten weiter konsequent gegen sexualisierte Gewalt in der Kirche. Dazu gehört die Präventionsarbeit. Wir verstehen sie als Leitungsaufgabe. Deshalb wurden und werden Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt. Dass es eine besondere Leitungsaufgabe ist, bildet auch die Neukonzeption einer **Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt** ab. Sie fasst diejenigen zusammen, die in unterschiedlichen Bereichen arbeiten und wird ergänzt durch zwei Kolleginnen aus der Diakonie. Die Leitung liegt bei Oberkirchenrätin Dr. Petra Knötzele. Organisatorisch angebunden ist die Fachstelle direkt beim Kirchenpräsidenten und der Stellvertretenden Kirchenpräsidentin. In der Fachstelle arbeitet auch ein Betroffener mit, der die Kirchenleitung und andere Betroffene berät, begleitet und unterstützt. Berichten kann ich an dieser Stelle auch, dass seit Dezember letzten Jahres eine Anerkennungskommission ihre Arbeit aufgenommen hat. Sie hat die bisher bekannten Fälle der Vergangenheit bearbeitet und Anerkennungsleistungen zugesprochen oder führt hierzu mit Betroffenen entsprechende Gespräche. Leider konnte die mit der EKKW geplante sogenannte Regionale Aufarbeitungskommission noch nicht ihre Arbeit aufnehmen. Dies liegt daran, dass es noch keine mit der UBSKM (Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs) abgestimmte Rahmenvereinbarung gibt. Als EKHN beteiligen wir uns an der sogenannten ForuM-Studie der EKD (Forschungsverbund zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt und anderen Missbrauchsformen in der Evangelischen Kirche und Diakonie in Deutschland). Außerdem wurde von uns eine Forscherin beauftragt, eine Studie zu den sexualpädagogischen Diskursen seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts zu konzipieren.

5. In den gegenwärtigen Herausforderungen ist es dringend erforderlich, die **Kooperation in der EKD** weiter zu stärken. Ich versuche hierzu einen Beitrag als Vorsitzender der Union Evangelischer Kirchen in der EKD zu leisten. Wir arbeiten intensiv an der weiteren Integration der UEK in die EKD, um Arbeitsstrukturen zu vereinfachen und uns nicht zuletzt auch finanziell zu entlasten. Im Medienbereich ist die Verbindung des Medienhauses der EKHN mit dem GEP ein Schritt, von dem ich hoffe, dass dadurch weitere Kooperationen

angestoßen werden. In der besseren Koordination von Aufgaben und auch in landeskirchlichen Kooperationen liegt meines Erachtens noch viel Potential in unseren Veränderungsprozessen. Ein wichtiger Punkt soll hier nicht unerwähnt bleiben, der sich nur EKD-weit auf den Weg bringen lässt: Das sind nötige Reformen im Blick auf das Theologiestudium.

6. Angesichts des schwierigen Blicks auf die Kirchen wird immer wieder eine deutlichere Abgrenzung von der katholischen Kirche gefordert. Ich bin in meinem letzten Bericht hierauf ausführlicher eingegangen, möchte aber auch hier diesen Punkt aufgreifen. Es geht nicht darum, dass wir zurückhalten müssten, was uns von der katholischen Kirche unterscheidet. Wir ordinieren Frauen, Männer und Menschen eines anderen Geschlechts. Wir trauen auch gleichgeschlechtliche Paare. Wir sind als Kirche synodal verfasst. So arbeiten wir mit der römisch-katholischen Kirche zusammen und suchen vertiefte **ökumenische Gemeinschaft**. Das ist getragen von dem Glauben, dass wir in Christus miteinander verbunden sind. Ich habe mit großem Respekt den synodalen Weg der katholischen Kirche verfolgt und kann diejenigen gut verstehen, die mehr erwartet haben. Ich hätte mir auch mehr gewünscht. Zugleich sehe ich aber auch, dass innerhalb der gegebenen Möglichkeiten einiges erreicht wurde. Der Bewegungsraum zwischen dem Vatikan und konservativen Kräften in den eigenen Reihen ist offenbar doch begrenzt. Ich hoffe, dass es dem Synodalen Ausschuss in den nächsten beiden Jahren gelingt, die Einrichtung eines Synodalen Rates auf den Weg zu bringen. Nach wie vor bin ich überzeugt, dass für die Zukunft unserer Kirchen ein glaubwürdiges ökumenisches Zeugnis unerlässlich ist. Mit Dank schaue ich in diesem Jahr darauf zurück, dass es vor 50 Jahren gelungen ist, die Leuenberger Konkordie zu unterzeichnen, mit der Kirchengemeinschaft innerhalb des Protestantismus festzustellen. Und ich bin dankbar für das Engagement der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK), die in diesem Jahr ihr 75-jähriges Jubiläum feiern konnte.

Wie lässt sich unsere Situation als Kirche theologisch-geistlich deuten? „Jetzt ist die Zeit“. Es ist in der Tat eine Zeit, in der sich Rahmenbedingungen sehr verändern. Wir sind eine Kirche im Umbruch. Wir sehen deutlich, dass wir nicht an Vergangenen festhalten können. Manchmal ist Trauerarbeit nötig und auch Aufarbeitung und kritische Selbstreflexion. Die Zeitansage Jesu fordert heraus, die Aufgabe, die uns jetzt gestellt ist, zu erkennen und anzunehmen. Sie fordert auch auf, dass wir uns neu orientieren, auch zur Umkehr, wo Umkehr nötig ist. Dabei darf das, was gut war, gut genannt werden. Aber jetzt geht es



darum zu erkennen, was jetzt zu tun ist und nicht zu übersehen, wo vielleicht längst schon Neues entsteht. Die Zeitansage Jesu richtet den Blick nach vorne – den Blick auf Gottes Reich und seine Gerechtigkeit. Als Kirche haben wir unsere Aufgabe und unsere Zukunft darin, nach diesem Reich zu trachten. Dazu gehört, dass wir uns eingestehen: Niemand von uns wird genau sagen können, wie die Situation in den nächsten Jahrzehnten sein wird. Es können immer Dinge geschehen, durch die sich die Situation völlig verändert. Deshalb ist es meines Erachtens gut, sorgsam die nächsten Schritte in die Zeit zu gehen, die wir einigermaßen überschauen können. Manche sagen – meistens mit ironischem Unterton: Ja, nach ekhn2030 kommt ekhn2040 und dann vielleicht ekhn2050. Ich frage dann gerne: Ja, und was ist daran schlecht? Meines Erachtens ist es geistlich auch wichtig, sich bewusst zu machen, dass Gottes Verheißung für die Seinen niemals die war, dass der Weg leicht sein würde. Zum Weg des Evangeliums und derer, die es verkünden, gehört auch, Widerstand zu erleben, manchmal sogar Feindschaft oder einfach Gleichgültigkeit. Immer aber geht es darum, sich gegenseitig zu bestärken, gemeinsam Halt zu suchen in Gottesdienst und Gebet. Und es geht darum, sich auf den Weg zu machen, weil Gottes Reich nah ist und immer wieder neu seine Kraft entfaltet.

## **2. Zeitenwende? – Kirche und Politik**

Der **Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine** hat eine für verlässlich gehaltene Friedens- und Sicherheitsordnung zerstört. Vorgegangen sind allerdings russische Expansionsbestrebungen, die in ihrer Bedeutung ignoriert wurden. Bundeskanzler Olaf Scholz hat unmittelbar nach dem Beginn des Angriffs auf die Ukraine in seiner Rede im Bundestag von einer Zeitenwende gesprochen. Das war in diesem Zusammenhang ein politischer Begriff, der unter anderem dazu diente, über die Aufnahme zusätzlicher Schulden ein sogenanntes Sondervermögen von 100 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, um die Bundeswehr neu auszurüsten.

In unserem diesjährigen Gespräch mit den Leitungen der Landeskommmandos Hessen und Rheinland-Pfalz wurde bestätigt, dass die Bundeswehr erheblichen Ausrüstungsbedarf hat, um die ihr zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Die beiden Kommandeure haben erläutert, dass die direkte Landesverteidigung in den letzten Jahren kein strategisches Ziel mehr bei der Ausrüstung der Bundeswehr war. Wir berichteten, wie sehr das Erschrecken über den Krieg gegen die Ukraine und die Sorge vor einer Ausweitung des Krieges viele Menschen in unseren Kirchen bewegt. Selbstverständlich kam auch zur Sprache, dass

innerhalb unserer Kirche unterschiedliche friedensethische Positionen vertreten werden. Wir haben dargestellt, dass nach unserer Einschätzung eine Mehrheit Waffenlieferungen an die Ukraine bejaht, und zwar im Rahmen der Unterstützung des legitimen Rechtes auf Selbstverteidigung. Allerdings wird von vielen auch kritische Prüfung angemahnt, um nicht eine unkontrollierte Eskalationsspirale zu befördern. Und es wird zugleich gefordert, alle diplomatischen Wege zu nutzen, um möglichst umgehend einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zu erwirken. Daneben werden in der evangelischen und auch in der katholischen Kirche konsequent pazifistische Positionen vertreten. Waffenlieferungen werden mit dem Argument abgelehnt, dass Waffen jeden Tag töten und den Krieg verlängern. Die Gespräche mit den Landeskommmandos, die wir übrigens gemeinsam mit der Pfälzer Kirche führen, sind für beide Seiten wertvoll. In der Bundeswehr wird nicht nur der Dienst der Militärseelsorge sehr geschätzt, sondern auch die differenzierte friedensethische Arbeit der Kirchen und ihre öffentliche Stimme. Dafür ist es für uns wiederum hilfreich, die Sicht und auch Probleme der Bundeswehr wahrzunehmen.

Der Synode kann ich berichten, dass in vielen unserer Gemeinden seit Beginn des Krieges regelmäßige Friedensgebete gehalten oder in den Sonntagsgottesdiensten für den Frieden gebetet wird. Daneben wurde und wird in Gemeinden, Pfarrkonferenzen, Dekanatssynoden und in vielen Veranstaltungen der Erwachsenen- und Jugendarbeit intensiv friedensethisch debattiert. Die Friedensarbeit im Zentrum Oekumene war und ist hier sehr gefragt. Sie konnte nicht alle Anfragen selbst bedienen, konnte aber auf Unterstützung von Kolleg\*innen aus Akademien, der Erwachsenenbildung und von Brot für die Welt zählen oder auch wissenschaftliche Expertise zum Beispiel aus der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung vermitteln. Inhaltlich waren viele Debatten ein Spiegelbild der beschriebenen unterschiedlichen friedensethischen Positionen. In den Gemeinden war und ist die friedensethische Diskussion oft begleitet von diakonisch-praktischen Fragen zur Aufnahme und Unterstützung geflüchteter Menschen. Dies beschränkte sich allerdings nicht nur auf Menschen aus der Ukraine. Ich werde dies gleich noch vertiefen, will Ihnen aber an dieser Stelle einige Gedanken zur friedensethischen Debatte vortragen.

Die EKD-Denkschrift zur Friedensthematik aus dem Jahr 2007 trägt den Titel „Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen“. Das ist nach wie vor eine sehr gute Beschreibung des christlichen Friedensverständnisses. Der Glaube an das Evangelium ist

verbunden mit der Hoffnung auf Gottes Reich – auf das Reich der Gerechtigkeit und des Friedens für alle Menschen. „Jetzt ist die Zeit“ - die Zeitansage von Jesus Christus lenkt den Blick auf Gottes gerechte Welt. Für ihn selbst war das damit verbunden, Gewalt nicht mit Gewalt zu beantworten und auch mit der Forderung, Feinde zu lieben. Was Jesus individuell gelebt hat, lässt sich in der unerlösten Welt nicht gleichsam kollektiv leben, wenn Menschen Gewalt angetan wird. Dies würde Unrecht und Gewalt Raum geben. Gleichwohl ist mit dem, was Jesus gelebt hat, eine Richtung vorgegeben. Es ist die Grundorientierung, nach dem zu streben und zu suchen, was den Frieden fördert. Es gibt zweifellos auch Situationen, individuell oder auch in der politischen Auseinandersetzung, in denen der Verzicht auf Gewalt genau der richtige Weg ist. Andere erfordern als „ultima ratio“ rechtserhaltende Gewalt. Evangelische Friedensethik orientiert sich am Leitbild des gerechten Friedens. Sie setzt auf einen nachhaltigen und positiven Frieden, der mehr ist als die Abwesenheit von Krieg. Die messbaren und politisch umzusetzenden Elemente eines gerechten Friedens sind: der Schutz vor Gewalt, der Abbau von Not, die Förderung der Freiheit, die Achtung kultureller und religiöser Vielfalt.

Diese Grundorientierung darf auch in der jetzigen Situation nicht aufgegeben werden. Eine sicherheitspolitische Zeitenwende darf nicht einseitig auf militärische Sicherheitsstrategien setzen. Rechtserhaltende Gewalt ist nötig, das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine ist unbestritten, die Unterstützung durch Waffenlieferungen ist ethisch legitim. Aber grundsätzlich muss weiter gelten „Prävention vor Intervention, zivil vor militärisch“. Die Friedensdenkschrift sagt dazu: „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten.“<sup>1</sup> Es ist deshalb sehr problematisch, wenn die Lösung des gegenwärtigen Krieges in den Kategorien von Sieg und Niederlage gesucht wird. Evangelische Friedensethik kritisiert deshalb sicherheitspolitische Konzepte, die nationalistisch und militaristisch geprägt sind. Einer Zeitenwende in diesem Sinn muss und kann auch mit der Zeitansage des Jesus von Nazareth widersprochen werden. Das ist dann kein naiver Pazifismus, sondern Pazifismus, der Verantwortung für die Friedensgestaltung übernimmt. Diese ist primär an menschlicher Sicherheit orientiert, was mehr umfasst als ein auf Staaten ausgerichteter Sicherheitsbegriff.

---

<sup>1</sup> Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloh 2007, S. 9.

Vor diesem Hintergrund ist es nötig, die Kriterien für den Einsatz rechtserhaltender Gewalt ernst zu nehmen und sie immer wieder neu zu bewerten. Diskussionen über die Lieferung von Waffen sind nötig. Die Verhältnismäßigkeit ist zu prüfen. Die Friedensdenkschrift von 2007 weist auch darauf hin, dass Exit-Strategien festgelegt werden sollten. Und selbstverständlich darf nicht nachgelassen werden, immer wieder neu nach Wegen zu suchen, die Waffen zum Schweigen zu bringen und nach Verhandlungslösungen zu suchen, denn nach der Friedensdenkschrift muss der Einsatz rechtserhaltender Gewalt „durch das Ziel begrenzt sein, die Bedingungen gewaltfreien Zusammenlebens (wieder-) herzustellen und muss über eine darauf bezogene Konzeption verfügen“.<sup>2</sup>

Unabhängig davon ist uns mit dem Blick des Jesus von Nazareth aufgetragen, den Blick auf besonders vulnerable Menschen zu richten.

Ich bin sehr dankbar, dass in unseren Gemeinden und in unserer Diakonie dieser Blick vieles prägt. Ein **Überblick über das Engagement von Kirche und Diakonie bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten** soll dies verdeutlichen.

Kirche und Diakonie engagieren sich mit rund 60 Stellen in Hessen, Rheinland-Pfalz und Thüringen (Schmalkalden) in der professionellen Beratung von Flüchtlingen. Dazu gehören die Verfahrensberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Gießen, Büdingen und Ingelheim, unabhängige regionale Flüchtlingsberatungsstellen in 19 der 26 hessischen Gebietskörperschaften, das Zentrum für Beratung und Therapie in Frankfurt, das traumatisierten Flüchtlingen Unterstützung und Therapie ermöglicht, Beratung in der Abschiebungshaft in Darmstadt und Ingelheim und die ökumenische Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Frankfurt. Diese Arbeit wird in Hessen überwiegend aus kirchlichen Eigenmitteln finanziert. Bei der Asylverfahrensberatung werden demnächst dank eines neuen Bundesprogrammes etwa 10 Stellen über Bundesmittel finanziert. In Rheinland-Pfalz engagiert sich das Land mit signifikanten Mitteln an der Migrations- und Flüchtlingsberatung sowie an der Begleitung und Behandlung traumatisierter Menschen. Außerdem arbeiten fünf Flüchtlingsseelsorger\*innen in Rheinhessen, der Propstei Oberhessen, in Frankfurt, in den Abschiebungshaftanstalten in Darmstadt und Ingelheim sowie am Frankfurter Flughafen.

---

<sup>2</sup> A.a.O., S. 69.

Den Landkreisen wurden von der EKHN und der EKKW bisher rund 700 Unterkunftsplätze in kirchlichen Immobilien zur Verfügung gestellt. Rund 500 Plätze gibt es derzeit in elf kirchen- und diakonieeigenen Unterkünften für Flüchtlinge. Außerdem haben im Rahmen der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine knapp 50 Kirchengemeinden Immobilien zur Nutzung angeboten.

Es gibt immer noch zahlreiche von der EKHN bezuschusste Projekte zur Förderung der Willkommenskultur in Gemeinden und Dekanaten. In allen wirken Ehrenamtliche mit. Schwerpunkte sind Sprachkurse, Hilfe bei Gängen zu Ämtern, Hilfen bei der Bewältigung des Alltags, Ausstattung mit Nötigem, Hausaufgabenbetreuung, allgemeine Willkommenskultur, Begegnungscafés, Fahrradwerkstätten mit Geflüchteten und ähnliches. Hinzu kommen Fortbildungsreihen zur Qualifizierung von freiwillig Engagierten.

In Einzelfällen werden Flüchtlinge auch finanziell unterstützt – zum Beispiel, um ein Gutachten zum Nachweis einer Traumatisierung zu erhalten, um nach der Anerkennung als Flüchtling das Flugticket für die im Kriegsgebiet ausharrenden Kernfamilienmitglieder zu finanzieren oder um rechtliche Schritte gegen behördliche Entscheidungen einzuleiten.

Im Zuge der gestiegenen Zahl der Flüchtlinge durch den Krieg gegen die Ukraine und auch durch die anhaltenden Konflikte in Syrien und Afghanistan im Jahr 2022 wurde verstärkt über die **Flüchtlingspolitik** debattiert. Besonders schwierig, weil populistisch, wird die Debatte dann, wenn mehr Abschiebungen gefordert werden. Dazu hilft ein nüchterner Blick auf die Zahlen. Hauptherkunftsländer von Flüchtlingen im Jahr 2022 waren die Ukraine, Afghanistan und Syrien. 93 Prozent der 2022 nach Deutschland geflüchteten, ca. 1,2 Millionen Menschen, werden einen Schutzstatus und damit eine mindestens vorübergehende Bleibeberechtigung erhalten. Selbst wenn – alle menschenrechtlichen und organisatorischen Schwierigkeiten außer Acht lassend – die verbleibenden 7 Prozent in ihre Heimat zurückgeführt werden würden, wäre das keine wirkliche Entlastung für die Kommunen bei der Unterbringung. Außerdem zeigt sich, dass die Situation sehr unterschiedlich ist. Es gibt Kommunen, die besser auf Unterbringung und Integration vorbereitet sind. Deutlich wird vielfach im Zusammenhang der Aufnahme geflüchteter Menschen, dass es vielerorts eher eine Unterbringungskrise als eine Flüchtlingskrise gibt. Nötig sind verstärkter sozialer Wohnungsbau, Nutzung leerstehenden Wohnraums und auch die Abschaffung der Wohnsitzauflagen für Geflüchtete. In der Debatte ist Widerspruch vor allem dort nötig,

wo Flüchtlinge zu Sündenböcken für Krisen gemacht werden, deren Leidtragende sie sind, aber nicht deren Ursache.

Das letzte Jahr hat gezeigt, dass der aufenthaltsrechtliche Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine ein gutes Beispiel für eine sinnvolle, menschenwürdige und integrationsfördernde Unterbringung ist. Das sollte als Blaupause für die künftige Aufnahme von Flüchtlingen dienen: visumsfreie Einreise, Aufenthaltsrecht vom ersten Tag, keine Wohnpflicht in einer Erstaufnahmeeinrichtung, regulärer Anspruch auf SGB-Leistungen, unbeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Integrationsmaßnahmen.

Veränderungen sind erforderlich. Das gilt für Deutschland und die europäische Zuwanderungspolitik insgesamt. Bei einem Solidaritätsbesuch in Thessaloniki und auf Lesbos bei Flüchtlingsorganisationen, mit denen wir zusammenarbeiten, waren wir von deren Engagement beeindruckt. Zugleich waren wir erschüttert, Berichte von Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen zu hören. Hier ist eine Zeitenwende dringend angesagt.

Jetzt habe ich den Begriff „Zeitenwende“ auch politisch gebraucht. Ob und inwieweit eine Zeitenwende erfolgt ist, wird aber erst eine rückblickende historische Betrachtung zeigen. Nötig ist auf jeden Fall ein differenzierter Blick, um politische Absichten zu erkennen. Ein Maßstab aus christlicher Perspektive kann dabei immer die Zeitansage des Jesus von Nazareth sein, der zur Umkehr ruft und zur Orientierung an Gottes Reich und seiner Gerechtigkeit.

Ich habe in diesem Abschnitt mit dem Krieg gegen die Ukraine und der Flüchtlingspolitik zwei Themen behandelt, die unsere politische Positionierung und unser politisches Engagement herausfordern. Das gilt auch für den letzten Abschnitt, in dem es um den Klimawandel geht.

Exkursartig einschieben möchte ich an dieser Stelle wenigstens **kurze Informationen über Themen, die auf der Agenda der gegenwärtigen Regierungskoalition stehen** und zu denen wir uns verhalten müssen.

Zurzeit laufen Vorbereitungen für ein Grundsatzgesetz zur **Ablösung der sogenannten Staatsleistungen**. Staatsleistungen sind staatliche Zahlungen an die Kirchen aufgrund historischer Rechtsverpflichtungen. Unsere Verfassung enthält den Auftrag, dass Staatsleistungen abgelöst werden sollen. Der Bund muss hierzu ein Grundsatzgesetz erlassen, die Ablösung erfolgt dann auf Länderebene.<sup>3</sup> Die Ablösung soll in „freundschaftlichem Einvernehmen“<sup>4</sup> mit den Kirchen erfolgen. Selbstverständlich arbeiten wir am Entwurf eines Grundsatzgesetzes mit. Dies geschieht zurzeit durch eine Ökumenische AG Staatsleistungen. Weil die mediale Darstellung hier oft verzerrt, will ich deutlich sagen: Es geht bei den Staatsleistungen nicht um kirchliche Privilegien, sondern um einen fairen Ausgleich für historisch bedingte Verpflichtungen. Die EKHN hat im vergangenen Jahr etwa 17 Millionen Euro von den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz erhalten. Im Zuge der Vorbereitungen des Grundsatzgesetzes haben die Länder allerdings deutlichen Widerstand aufgrund der zu erwartenden finanziellen Belastungen markiert. Deshalb wird es nötig sein, nach tragbaren, zeitlich gestreckten Finanzierungsmodellen zu suchen.

Die Regierungskoalition hat im vergangenen Monat eine Kommission zur Reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin berufen. Diese Kommission wird in zwei Arbeitsgruppen zum einen Möglichkeiten der **Regulierung für den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches** erarbeiten und zum anderen **Möglichkeiten der Legalisierung der Eizellspende und der altruistischen Leihmutterchaft** prüfen. Die Kommission ist in ihren AGs mit Mitgliedern aus unterschiedlichen Wissenschaften besetzt. Eine kirchliche Beteiligung gibt es nicht. Der Abschlussbericht der Kommission soll in 12 Monaten vorliegen. Wir bereiten uns auf die dann zu erwartende Diskussion vor. In der EKHN arbeitet die AG Medizinethik im Auftrag der Kirchenleitung zunächst an den Fragen zum § 218 StGB. Ich gehe davon aus, dass uns die hier angesprochenen Themen im nächsten Frühjahr intensiver beschäftigen werden.

### **3. Zeit der Umkehr – Kirche und Klimawandel**

Die Zeit-Perspektive, um die es jetzt geht, stellt alles Bisherige in Frage. Denn die Perspektive ist sehr grundsätzlich. Prognosen sagen: Wenn es nicht gelingt, Veränderungen herbeizuführen, sind die Lebensgrundlagen überhaupt in Frage gestellt. Dann reden wir

---

<sup>3</sup> S. hierzu Artikel 140 GG, über den Art. 138 Abs. 1 WRV inkorporiert wurde.

<sup>4</sup> Art. 18 Reichskonkordat vom 20.7.1933.

nicht darüber, welche Form von Kirche es geben wird. Wir reden darüber, ob und in welcher Weise wir überhaupt noch auf diesem Planeten leben können. Und wir reden darüber, dass Veränderungen der Lebensbedingungen zu Auseinandersetzungen und Wanderungsbewegungen führen, die alles Bisherige bei Weitem überbieten werden.

Während der letzten Tagung unserer Synode habe ich kurz über die EKD-Synode berichtet, die kurz vorher stattgefunden hat. Der thematische Schwerpunkt der EKD-Synode war Klimaneutralität. Besonderes Aufsehen hat der Auftritt von Aimée van Baalen erregt. Sie ist eine Aktivistin der Gruppe, die sich „Letzte Generation“ nennt. Und natürlich der Beschluss der EKD-Synode, für eine Selbstverpflichtung zu einem Tempolimit bei Dienstfahrten zu werben und generell politische Bemühungen für ein zeitnahes Tempolimit zu unterstützen.

Aimée van Baalen hat vor der EKD-Synode um Hilfe von Einzelpersonen und um Hilfe durch die Kirche geworben. Sie hat dabei unter anderem auf Jesus verwiesen. Sie hat wörtlich gesagt: „Letztendlich war Jesus selbst ein Widerständler, der sich gesellschaftlichen Regeln und Normen entgegensetzte, wenn seine moralische Pflicht es verlangte. Er setzte sich für unterprivilegierte Menschen ein, und er riskierte letztendlich dafür den Tod.“<sup>5</sup> Um Unterstützung durch die evangelische Kirche haben auch eine Aktivistin und ein Aktivist der Letzten Generation gebeten, mit denen ich in diesem Jahr ein ausführliches Gespräch in Darmstadt hatte. Der Ansatzpunkt der Letzten Generation ist eine entschiedene Zeitansage. Die Gruppe argumentiert: Wir sind dabei unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Und sie beruft sich dabei auf die Berichte des Weltklimarates. Die besagen: Es gibt nur noch wenig Zeit, um die Auswirkungen des Klimawandels wirkungsvoll abzumildern. Sie halten provokante, illegale Aktionen für nötig, um die Politik und die Gesellschaft zu einem Umdenken und vor allem zum Tun zu bewegen. Sie berufen sich dabei auf die Tradition des zivilen Ungehorsams. Sie verpflichten sich zur Gewaltlosigkeit, wollen keine Menschen gefährden und sind bereit, für die Folgen ihres Handelns aufzukommen. Ihre Aktionen seien ein weitaus geringeres Unrecht als das Unrecht, das die Politik dadurch begehe, die Klimaziele nicht einzuhalten. Hierzu berufen sie sich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 2021. Darin wurde damals festgestellt, dass das deutsche Klimaschutzgesetz die Grundrechte zukünftiger Generationen missachtet.

---

<sup>5</sup> Aimée van Baalen, Impulsreferat zum Thema: Evangelische Kirche(n) auf dem Weg zur Klimaneutralität 2035. <https://www.ekd.de/impulsreferat-ekd-synode-2022-aimee-van-baalen-76146.htm>. Zuletzt abgerufen am 18.04.23.



Die Rede Aimée van Baalens vor der EKD-Synode und die Aktivitäten der Letzten Generation wurden vielfach kritisiert. Sie haben unter anderem heftige theologische Kritik hervorgerufen. Die Gruppe sei mit ihrer endzeitlichen Zeitansage religiös, die Berufung auf Jesus sei völlig unangemessen und moralisierend. Bei dieser Gruppe, aber auch beim kirchlichen Engagement für den Klimaschutz bestehe die Gefahr, die Frage des Klimawandels zu überhöhen und damit eine Öko-Religion zu etablieren. In der Auseinandersetzung mit der Letzten Generation wird so eine Grundfrage ins Zentrum gerückt, die in der Tat der theologischen Debatte bedarf.

Ich spitze die Problemstellung zu: Was ist die Aufgabe der Kirche? Muss die Kirche dazu beitragen, das Leben auf dieser Welt zu erhalten? Oder ist es nicht die Aufgabe, Menschen auf die Ewigkeit vorzubereiten?<sup>6</sup>

Im Horizont dieser Fragen möchte ich zunächst auf das Anliegen und die Aktivitäten der Letzten Generation schauen. Dann versuche ich, die kirchliche Aufgabe zu bestimmen. Schließlich werde ich noch über unsere konkreten und geplanten Maßnahmen reden.

**Zum Anliegen und zu den Aktivitäten der Letzten Generation.** Ich halte das Anliegen dieser Gruppe und anderer Gruppen, die sich gegen den Klimawandel engagieren, für berechtigt. Menschliche Aktivitäten haben eindeutig die globale Erwärmung verursacht, vor allem durch die Emission von Treibhausgasen. Der vom Menschen verursachte Klimawandel wirkt sich bereits auf viele Wetter- und Klimaextreme in allen Regionen der Welt aus. Betroffen sind vor allem verwundbare Bevölkerungsgruppen, die historisch am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben. Insbesondere in den Entwicklungsländern stehen zu wenig Mittel bereit, um Anpassungsoptionen umzusetzen. Die globalen Treibhausgasemissionen im Jahr 2030, die sich aus den bis Oktober 2021 angekündigten national festgelegten Beiträgen ergeben, machen es wahrscheinlich, dass die Erwärmung im Lauf des 21. Jahrhunderts 1,5 Grad Celsius überschreitet und erschweren die Begrenzung auf unter 2 Grad Celsius. Klimatische und nicht-klimatische Risiken werden sich voraussichtlich verstärken und schwerer beherrschbar sein. Bereits jetzt ist klar, dass einige künftige Veränderungen unvermeidbar und nicht umkehrbar sind. Sie können aber

---

<sup>6</sup> S. hierzu auch Gabriele und Peter Scherle: „und das ewige Leben“. Die christliche Hoffnung und der Kampf um die Bewohnbarkeit der Erde. <https://zeitzeichen.net/node/10273>. Zuletzt abgerufen am 18.04.23.

durch eine tiefgreifende, rasche und anhaltende Minderung der globalen Treibhausgasemissionen begrenzt werden. Je länger allerdings Anpassungen, die heute machbar sind, hinausgeschoben werden, umso weniger wirksam werden sie sein. Tiefgreifende, schnelle und anhaltende Minderungsmaßnahmen und eine beschleunigte Umsetzung von Anpassungen in diesem Jahrzehnt würden die projizierten Verluste und Schäden für Menschen und Ökosysteme verringern und viele positive Nebeneffekte, insbesondere für die Luftqualität und die Gesundheit, bringen. Ein schneller und weitreichender Wandel in allen Sektoren und Systemen ist notwendig, um anhaltende Emissionsreduktionen zu erreichen und eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle zu sichern. Dies bedeutet, dass Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit politisch zu priorisieren sind. Es braucht größere politische Entschlossenheit, gut abgestimmte Steuerung und Koordination auf allen Ebenen und natürlich die Bereitschaft, dafür auch Kapital einzusetzen. Klimaaktivist\*innen weisen darauf eindrucklich hin. Das Engagement ist bei vielen darin begründet, dass sie über den Klimawandel und die Folgen zutiefst in ihrem Grundvertrauen in eine gute Zukunft erschüttert sind. Sie sorgen sich um die eigene Zukunft und noch viel mehr um die ihrer Kinder und Enkelkinder. Einer der Aktivisten hat in unserem Gespräch gesagt: „Ich will meinen Kindern in die Augen schauen können und sagen können: Ich habe mich dafür eingesetzt, eine Katastrophe zu verhindern.“ Nicht wenige übernehmen mit hohem persönlichen Einsatz Verantwortung. Ich habe davor großen Respekt und halte es auf jeden Fall für geboten, Gespräche zu führen und miteinander zu überlegen, wie die Politik zu entschlossenerem Handeln bewegt werden kann und wie wir selbst in unserer Kirche entschlossener die notwendigen Maßnahmen ergreifen können.

Der Mainzer Professor für Neues Testament, Ruben Zimmermann, hat in einem bemerkenswerten Beitrag zur theologischen Debatte dargelegt, dass eine Verbindung zum Auftreten und der Verkündigung des Jesus von Nazareth keineswegs abwegig ist. Natürlich habe es vor 2.000 Jahren noch keinen menschlich verursachten Klimawandel gegeben. Allerdings sei die Predigt Jesu vom Reich Gottes auch eine Umkehrpredigt gewesen. Jesus rufe zur Umkehr und zum Glauben auf. Er berufe sich auf die Tora und mache mehrfach „diese Generation“, das heißt: die zu seiner Zeit lebenden Menschen, für Missstände und Fehlentwicklungen verantwortlich. Zimmermann wörtlich: „In der ältesten Schicht der Jesusüberlieferung finden sich mehrfach harte, generalisierende Gerichtsworte gegen `diese Generation` ... Jesus klingt hier wie ein Endzeitprophet ohne jedes

Erbarmen, wenn er 'wettert': 'Diese Generation ist eine böse Generation!' (Lukas 11,29).<sup>7</sup> Für Zimmermann ist es keine Frage, dass Jesus „ein Apokalyptiker, ein Prophet der Endzeit“ war, „der vom nahen Ende der Welt sprach (Markus 13)“. Das Ende der Welt wird von Jesus „sowohl mit Gott als auch mit dem Verhalten der Menschen in Verbindung gebracht.“ Allerdings, und das ist ganz entscheidend, werde das Ende der Welt von Jesus nicht als unausweichlich verkündigt. Ich zitiere noch einmal: „Die wütende Mahnung an 'diese Generation' ist deshalb Jesu radikalierter Ruf zur Umkehr. Die Gerichtsansage dient – wie bei den Prophet:innen – letztlich dazu, den Eintritt des Gerichts noch zu verhindern.“ Und schließlich macht Zimmermann darauf aufmerksam, wie sehr Jesus „ein Meister der Symbolhandlungen“ war, „mit denen er seine Gegenüber überraschte und herausforderte“. Dazu zählt er das Umstoßen der Tische der Geldwechsler im Vorhof des Tempels und auch den Einzug in Jerusalem auf einer Eselin. Ruben Zimmermann zieht im Blick auf die „Letzte Generation“ folgendes Fazit: „Die Aktivist:innen der letzten Generation werden oft als destruktive Unheilspropheten oder gar 'Klimaterroristen' beschimpft. Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Die Letzte Generation führt in aller Dringlichkeit die unausweichlichen biologischen, geologischen und sozialen Folgen des Klimawandels vor Augen. ... Aber 'Klimareligion' oder 'Endzeitsekte', wie dies diffamierend behauptet wurde, ist sie deshalb noch lange nicht und will es auch nicht sein.“

Ich stimme dem Urteil Ruben Zimmermanns uneingeschränkt zu. Trotzdem stelle ich Fragen an die Aktivist\*innen der „Letzten Generation“. Ich frage, ob die Aktivitäten nicht eine so große Eigendynamik entfalten, dass sie zwar mediale Aufmerksamkeit wecken, aber von der eigentlichen Auseinandersetzung mit dem, was gegen den Klimawandel zu tun ist, wegführen. Außerdem finde ich die Zielsetzungen der Letzten Generation im Blick auf die politischen Prozesse, die angestoßen werden sollen, unklar. Ursprünglich waren die Ziele das 9-Euro-Ticket und das Tempolimit. Jetzt wird ein Gesellschaftsrat gefordert, dessen Ergebnisse dann vom Parlament aufgegriffen werden sollen, um notwendige Gesetzänderungen auf den Weg zu bringen. In unserem Gespräch haben wir über diese Punkte geredet. Dabei habe ich eine große Offenheit und Diskussionsbereitschaft erlebt. Wir haben verabredet, in Kontakt zu bleiben.

---

<sup>7</sup> Ruben Zimmermann, Jesus und die 'letzte Generation'. Ein exegetisch und kirchenpolitisch „inkorrekt“ Zwischenruf. <https://zeitzeichen.net/node/10331>. Zuletzt abgerufen am 18.04.23.

Ich komme zum zweiten Punkt in diesem Abschnitt. Der ist kürzer, weil einiges schon angesprochen wurde. **Es ist unmöglich, den kirchlichen Auftrag von den gegenwärtigen Herausforderungen des Klimawandels zu lösen.** Wie wir uns den Herausforderungen stellen, ist Teil der Glaubwürdigkeit unserer Botschaft. Diese Welt ist die uns von Gott anvertraute Welt, sie ist Schöpfung Gottes, die Gott geschaffen hat und erhält. Die Welt ist Gabe Gottes, die Gott uns anvertraut, und zwar so, dass Gott uns mit in die Verantwortung für diese Welt und das Leben auf dieser Welt nimmt. Dazu gehört, dass wir sorgsam mit der uns anvertrauten Welt umgehen, dass wir sie nicht ausbeuten und ruinieren. Dazu gehört, dass wir uns um die gerechte Teilhabe aller Menschen auf dieser Welt mühen. Gerade der Glaube daran, dass Gottes Reich nahe ist und seine Kraft in dieser Welt entfaltet, nimmt mit hinein in die Sorge um diese Welt und das Leben der Menschen. Die Zeitansage Jesu ist der Ruf, Missstände, Fehler, Sünde und Schuld zu erkennen und umzukehren. Das Handeln ist getragen von der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen – in der Hoffnung, dass Gott Zukunft schenkt. Diese Zukunft ist auch Zukunft in der Ewigkeit, sie ist aber auch Zukunft dieser Welt, solange Gottes Verheißung diese Welt trägt, dass nicht aufhören sollen „Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht“ (1. Mose 8,22). Die besondere Perspektive des Glaubens ist die Perspektive, dass sich das Leben nicht in der Begrenztheit dieser Welt erschöpft, dass aber diese Welt *Gottes Welt* für uns ist und deshalb ein unendlich wertvolles Gut.

Aus dieser Perspektive ergeben sich auch für uns als Einzelpersonen und für uns als Kirche sehr **praktische Aufgaben**. So kann zum Beispiel jede und jeder für sich entscheiden, sich ein Tempolimit zu setzen und anderes zu tun, um Emissionen zu verringern. Als Kirche sind wir auf dem Weg zu einem Klimaschutzgesetz. Das wird sich an der Klimaschutzrichtlinie der EKD mit dem Ziel orientieren, die Treibhausgas-Emissionen bis 2035 um 90% und bis 2045 vollständig zu reduzieren. Es soll dieser Synode spätestens im Frühjahr 2024 vorgelegt werden. Im Rahmen unseres Prozesses ekhn2030 arbeiten wir, orientiert an den Nachhaltigkeitszielen des Agenda 2030-Prozesses, gegenwärtig auch an einer Nachhaltigkeitsstrategie. Diese bettet das Klimaschutzgesetz ein in den weiteren Kontext einer sozial-ökologischen Transformation. Und die braucht es.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass die EKHN Mitglied der Klima-Allianz Deutschlands und Mitglied der *Churches for Future* ist. In diesem Kontext haben wir uns im Rahmen des Ökumenischen Netzwerks Klimagerechtigkeit dezidiert mit *Fridays for Future* solidarisiert.

Zur Gruppe *Christians für Future Rhein-Main* gab es und gibt es regelmäßige Kontakte – auch in gemeinsamen Veranstaltungen.

Hohe Synode, liebe Geschwister,  
die Zeit, in der wir leben, können wir in allen ihren Dimensionen nicht wirklich verstehen. Wir sehen und spüren, dass wir mitten drin sind in der Zeit großer Veränderungen. Es sind Veränderungen, in die wir hineingestellt sind und die wir gestalten müssen. Es sind Veränderungen, die große Unsicherheit bedeuten und auf die es gilt, klug und angemessen zu reagieren. Es sind Veränderungen, die wir herbeiführen müssen, damit das Leben lebenswert bleibt. „Jetzt ist die Zeit“ – Jesus ruft dazu auf, die Zeit zu erkennen als Zeit der Umkehr und des Glaubens und damit als Zeit, die Gott schenkt und füllt. Johann Sebastian Bach hat das in einer seiner Kantaten so ausgedrückt: „Gottes Zeit ist die allerbeste Zeit.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



